



Wirtschaftspolitik

## **Aiwanger: "Wir müssen unser wirtschaftliches Fundament absichern"**

30. November 2022

MÜNCHEN Der bayerische Arbeitsmarkt reagiert stabil auf die schwierige konjunkturelle Lage. Die Arbeitslosenquote lag im November bei 3,1 Prozent und stagniert im Vergleich zum Vormonat. Ein saisonüblicher Rückgang der Arbeitslosenquote bleibt aber aus. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Der bayerische Arbeitsmarkt begegnet dem aktuellen Stresstest noch erfolgreich. Unsere Unternehmen sind widerstandsfähig und stemmen sich mit aller Kraft gegen die diversen Krisen. Der coronabedingte Aufholprozess scheint jedoch vorüber.“

Die stetigen Belastungen, insbesondere durch die hohen Energiepreise, zeigten aber immer stärker ihre Auswirkungen. In der nächsten Zeit gelte es den Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche tatkräftig beizustehen. „Die Kriegsfolgen rütteln an den Grundfesten unserer Wirtschaftsstruktur. Wir müssen unser wirtschaftliches Fundament absichern“, betont der Minister. Von entscheidender Bedeutung sei dabei der Erhalt einer wettbewerbsfähigen Produktion. Aiwanger: „Energieintensive Güter, wie beispielsweise in der Chemieindustrie, müssen weiter im Inland produziert werden. Das ist eine Lehre der Pandemie und der gestörten Lieferketten. Industrielle Produktion ist unsere wirtschaftliche Basis und Garant für zukunftsfähige Arbeitsplätze im Freistaat.“

Notwendig sei ein schnelles und angemessenes Handeln durch den Bund. Der Staatsminister weiter: „Die Unternehmen müssen finanziell entlastet und nicht durch neue Reglementierung belastet werden. Jetzt müssen die Weichen für die Energieversorgung der Zukunft gestellt werden. Es sind extrem viel Strom und grüner Wasserstoff nötig, um unseren industriellen Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Aufgabe der Bundesregierung ist es, ein bundesweites und mit Europa abgestimmtes Wasserstoffnetz zu schaffen.“ In Bayern werde bereits kraftvoll in die Wasserstoffzukunft investiert, und Photovoltaik sowie Windenergie gezielt ausgebaut. „Durch Unklarheiten, wie Überlegungen zur Gewinnabschöpfung, werden nötige Investitionen von Berlin ausgebremst“, so Aiwanger.

In den bayerischen Regierungsbezirken lagen die Arbeitslosenquoten zwischen 2,8 Prozent in Niederbayern und Schwaben und 3,6 Prozent in Mittelfranken und somit überall weit unter dem Bundesdurchschnitt von 5,3 Prozent.

Ansprechpartner:  
Thomas Assenbrunner  
stv. Pressesprecher

Pressemitteilung-Nr. 573/22